

Für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Mit der Initiative «Familie und Beruf» hat die Wirtschaftskammer Liechtenstein ein wichtiges Anliegen aus der Bevölkerung und der Wirtschaft aufgenommen. Ziel und Grundgedanke ist es, dass die Schwangerschaft nicht mehr der Krankheit gleichgestellt ist und die ausserhäusliche Kinderbetreuung ausgebaut werden kann.

Mit rund 52 Millionen Franken unterstützt die Wirtschaft heute alle Familien in Liechtenstein. Mit der Auszahlung von Kindergeld, Geburtszulage und Alleinerziehendenzulage tragen die Arbeitgeber einen wichtigen finanziellen Beitrag für alle Familien bei. Weitere 8 Millionen Franken will die Wirtschaft nun in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investieren. Ein wich-

tiger Schritt in die richtige Richtung. Damit der Arbeitsplatz Liechtenstein so attraktiv bleiben kann, müssen auch die Standortbestimmungen stimmen. Dazu gehören auch optimale Rahmenbedingungen, damit Eltern – Mütter und Väter – einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Mit der Finanzierung des Mutterschaftstaggeldes kann u. a. die Ausgrenzung von Frauen im Arbeitsmarkt verhindert werden. Junge Frauen oder auch potenziell schwangere Frauen dürfen nicht mehr als Kostenfaktor angeschaut werden.

Mit der heutigen staatlichen Subventionierung von nicht allen Kita-Plätzen wurde eine Ungleichbehandlung geschaffen, ebenso wurde von der Regierung der Ausbau von Kitaplätzen 2011

beschränkt. Mit dem Beitrag aus der Wirtschaft kann dieser Missstand behoben werden. So erhalten neu alle Betreiber von staatlich anerkannten Betreuungseinrichtungen den gleichen Beitrag und können den benötigten Ausbau von ausserhäuslichen Betreuungsplätzen angehen. Eltern von rund 200 Kindern warten auf einen Platz.

Die verschiedenen Familienmodelle werden von der Initiative in keiner Weise gegeneinander ausgespielt. Es findet auch keine Bereicherung von berufstätigen Eltern statt, es werden lediglich die gewünschten Rahmenbedingungen verbessert. Immerhin in rund 65 Prozent aller Haushalte mit Kindern in Liechtenstein arbeiten beide Elternteile. Wir wollen dieses

mehrheitlich gewählte Familienmodell, ob freiwillig oder unfreiwillig gewählt, nicht auf der Strecke stehen lassen.

Die Initianten ersuchen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, mit Ja zu stimmen und die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf somit einen Schritt weiterzubringen.

Eine Stellungnahme des Initiativkomitees «Familie und Beruf»; Gunnilla Marxer-Kranz, Arnold Matt, Jürgen Nigg, Isabell Schädler und Hans-Peter Tschütscher